

NEUES DEUTSCHLAND

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Herbert Naumann, Chefredakteur; Dr. Sander Drobela, Alfred Kobs, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther, Dr. Hajo Herbell, Werner Mielke, Michael Müller, Dr. Harald Wessel, stellvertretende Chefredakteure; Horst Bitschkowski, Heinz Jakubowski, Otto Lück, Dr. Wolfgang Spickermann, Klaus Ullrich.

Die Redaktion wurde 1956 und 1986 mit dem Karl-Marx-Orden und 1971 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.

FDGB protestiert gegen rassistische Willkür

Berlin (ADN). Der FDGB-Bundesvorstand hat härtesten Protest gegen die vom südafrikanischen Rassistregime geplante Hinrichtung von Tyelevuyo Mgezi und weiteren Gewerkschaftsfunktionären erhoben. In einem von seinem Vorsitzenden, Harry Tisch, unterzeichneten Telegramm an die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft NUM bekräftigt der FDGB-Bundesvorstand seine Solidarität mit dieser Gewerkschaft und der im COSATU organisierten Werktätigen in ihrem tapferen Ringen für ein nicht-rassistisches demokratisches Südafrika.

Fahnen für Formationen der Zivilverteidigung

Berlin (ADN). Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeeoberst Heinz Kelller, hat aus Anlaß des 31. Jahrestages der Zivilverteidigung an 16 vorbildliche Formationen Fahnen verliehen. Damit wurde die hohe Einsatzbereitschaft der freiwilligen Mitarbeiter beim Schutz der Bevölkerung und der Volkswirtschaft vor Katastrophen und Havarien gewürdigt.

Im Auftrag des Verteidigungsministers überreichte am Donnerstag in Berlin der Leiter der Zivilverteidigung der DDR, Generalleutnant Fritz Peter, der Formation Jagnow des VEB Wohnbaukombinat und dem ZVK-Kollektiv Tiefbau aus dem VEB Kombinat Schink aus dem VEB Kombinat Schink aus der Hauptstadt diese Auszeichnung. Während eines Appells am Denkmal der Kampfgruppen der Arbeiterklasse hob Generalleutnant Peter die Ergebnisse der freiwilligen Mitarbeiter bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag der SED hervor. Sie hätten mit Verantwortungsbewußtsein und hoher Einsatzbereitschaft dazu beigetragen, daß der Schutz der Menschen vor Gefahren jeglicher Art sowie die Produktionssicherheit in den Betrieben erhöht wurden.

Konsumgenossenschaften kooperieren mit UdSSR

Moskau (ADN). Das Jahresprotokoll für 1989 über die Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Konsumgenossenschaften (VdK) der DDR und dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften der UdSSR (Zentrososus) ist am Donnerstag in Moskau unterzeichnet worden. Es enthält Aufgabenstellungen und Vorhaben zum Ausbau der politischen, wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit.

Das von den Präsidenten beider Verbände, Dr. Heinz Fahrnkrog und Pawel Fedirko, signierte Dokument sieht die Erweiterung des Erfahrungsaustausches auf allen Gebieten der genossenschaftlichen Tätigkeit, insbesondere bei der gemeinsamen Arbeit zur Realisierung des Komplexprogramms des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Genossenschaftverbände und -räte der RGW-Mitgliedsländer bis zum Jahr 2000, vor.

Städtepartnerschaft Reichenbach-Nordhorn

Reichenbach (ADN). Die Vereinbarung über die Städtepartnerschaft zwischen Reichenbach und Nordhorn (BRD) wurde am Donnerstag auf einer Festsetzung der Stadtverordnetenversammlung der vogtländischen Kreisstadt ratifiziert. Im Neuberin-Haus unterzeichneten Bürgermeister Dieter Groß für Reichenbach sowie Stadtdirektor Horst-Werner Brandt und Bürgermeister Friedel Witte für Nordhorn das Dokument. In Anwesenheit der Ratifizierung wurde ein Jahresprogramm der Partnerstädte für 1989 bestätigt.

Schwerer Verkehrsunfall auf der Autobahn

Halle (ADN). Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwochabend gegen 22.15 Uhr auf der Autobahn im Bezirk Halle in Richtung Hirschberg. Ein LKW-Fahrer aus Berlin (West) fuhr bei dichtem Nebel und einer Sichtweite von etwa 30 Metern mit unangemessener Geschwindigkeit am Kilometer 121,7, Nähe Abfahrt Scheuditz, auf einen vor ihm befindlichen PKW aus Berlin (West) auf. Dabei geriet dieses Fahrzeug in Brand. Ein im PKW sitzendes Kind kam ums Leben, der Fahrer wurde schwer verletzt. Die betroffene Fahrbahn mußte bis gegen 0.35 Uhr gesperrt werden.

Ziel in Rostock: Konsumgüter für 63 Millionen Mark über den Plan

Sekretariat der SED-Bezirksleitung beriet mit Betrieben neue Wettbewerbsvorhaben

Rostock (ND). Die Werkstätten in den Wirtschaftsbereichen an der DDR-Ostseeküste, bekannt vor allem durch Schiffbau, Fischerei sowie Seeverkehr- und Hafenwirtschaft, treten immer stärker als Produzenten hochwertiger Konsumgüter hervor. Im 40. Jahr der Republik wollen die Kombinate, Betriebe und Genossenschaften des Küstenbezirks der Bevölkerung Waren im Wert von 63 Millionen Mark über den Plan hinaus zur Verfügung stellen, darunter zusätzlich 800 PKW-Anhänger sowie Sportboote, Wohnraummöbel und anderes.

Diese Verpflichtungen waren das Ergebnis einer Beratung, zu der das Sekretariat der Bezirksleitung Rostock der SED am Donnerstag Vertreter von Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen eingeladen hatte. Dabei wurde unterstrichen, daß die Werkstätten mit ihren Wettbewerbsvorhaben zur Entwicklung und Produktion von Konsumgütern, die zur besseren Versorgung der Bevölkerung beitragen, einen wichtigen Anliegen bei der Vorbereitung des XII. Parteitages der SED entsprechen.

In der Aussprache bekräftigte Jürgen Begemann, Generaldirektor des Kombinat Schiffbau, daß die Konsumgüter die gleiche Aufmerksamkeit wie die Haupt- ergebnisse verlangen. Durch Kombination der Kapazitäten und materiellen Fonds streben die 55 000 Werkstätten dieses Kombinat an, die Produktion von Erzeugnissen für die Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent zu steigern. Die Erneuerungsrate - neben Anhängern und Booten gehören Eckbänke, Falttüren, Gasheizkessel und Leiterplatten für Stereorecorder zum Angebot - soll dabei 52,2 Prozent betragen.

Gespräch mit kirchlichen Mitarbeitern in Wolmirstedt

Wahlaufruf Ausgangspunkt für lebhaft Diskussion

Wolmirstedt (ADN). Auf einer Tagung mit über 300 Mitgliedern kirchlicher Leitungsgremien, Gemeindeparrern und weiteren kirchlichen Mitarbeitern verschiedener Konfessionen sprach Wolfgang Heyl, Stellvertretender Vorsitzender der CDU und Mitglied der Zentralen Wahlkommission der DDR, am Donnerstag in Wolmirstedt über das Verhältnis von sozialistischer Demokratie und Menschenrechten sowie zu aktuellen Fragen der Mitarbeit von Christen an der gesellschaftlichen Entwicklung. Vom Wahlaufruf ausgehend, betonte er den hohen Anspruch an die künftigen Abgeordneten. „Was von ihnen erwartet wird, sind keine Versprechen mit bis zum Wahltag befristeter Gültigkeitsvermerk, sondern Fähigkeit und Zähigkeit, die Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen. Das erfordert vom Volksvertreter Autorität und Kompetenz.“ Deshalb werde der Nominierung der Kandidaten große Sorgfalt gewidmet.

Parteiaktiv Cottbus: 1989 134 km Strecke „unter Draht“

Cottbus (ADN). Im Bezirk Cottbus werden bis Jahresende 134 weitere Kilometer Eisenbahnstrecken elektrifiziert. Das ist mehr als ein Drittel der DDR-Zielstellung. Ein Höhepunkt wird die Übergabe des 2000 Kilometer elektrifizierter Reichsbahnstrecke seit dem X. Parteitag der SED sein.

Am Donnerstag erörterten die Teilnehmer einer Bezirksparteiaktivtagung der SED in Cottbus, wie durch ein höheres technologisches Niveau und die konsequente Anwendung des Prinzips „Fahren und Bauen“ steigende

Produktion in Betrieben der Bauwirtschaft erhöht werden kann, erläuterte Peter Chudzicki, Direktor des Baustoffkombinates Rostock. Durch Rationalisierung einer veralteten Ziegelei konnten in Althof bei Bad Doberan 33 Arbeitskräfte für eine eigene Konsumgüterabteilung gewonnen werden, die nun feinkeramische Artikel herstellen. Die Mauerziegelproduktion wird von einem anderen Betrieb, dessen Produktion jetzt automatisiert erfolgt, übernommen.

Die Beratung über die Ausschöpfung von weiteren Reserven machte deutlich, daß die Kette „Rationalisierung der Hauptproduktion - Gewinnung von Arbeitskräften - Aufbau von Fertigungslinien für die Herstellung attraktiver Konsumgüter in hohen Stückzahlen“ der beste Weg zum Erfolg ist. Das dürfe aber nicht halbherzig geschehen und erfordere vor allem eine klare Position des Leiters, betonte Peter Chudzicki. So kann gewährleistet werden, daß die Aufnahme zusätzlicher Konsumgüterproduktion eine beträchtliche Erhöhung der industriellen Warenproduktion zur Folge hat.

In einem Brief an Erich Honecker bekräftigten die Teilnehmer der Rostocker Beratung, die Entwicklung der Konsumgüterproduktion auf der Grundlage langfristiger und komplexer Konzeption zu befördern. Dazu wollen sie die Verbindung von Wissenschaft und Produktion enger knüpfen und somit die Schlüsseltechnologien in bedeutend größerem Umfang nutzen.

Auf das christliche Verständnis von Gerechtigkeit eingehend, das stets das Recht und Wohl des Nächsten einschließe, betonte er: „Das steht für uns in enger Beziehung zu dem, was auch der Wahlaufruf hervorhebt: eine Gesellschaftsordnung mit menschlichem Anlitz, ein Sozialismus, der Platz für alle hat, der alle braucht, unabhängig von sozialer Herkunft, Weltanschauung und Religion. Unabhängig heißt nicht gleichgültig, sondern gleichberechtigt und gleichgeschaltet.“

An das Referat schloß sich eine lebhaft Aussprache an, in der zahlreiche kirchliche Amtsträger auch darlegten, wie sich Kirchengemeinden in der engagierten Teilnahme an konziliaren Prozedur einsetzen, daß die sozialistische Gesellschaft ihre Potenzen und Vorzüge bei der Lösung der Weltprobleme des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung voll zur Wirkung bringen kann.

Montageleistungen bei minimaler Beeinträchtigung des Personen- und Güterverkehrs erreicht werden können. Dr. Friedrich Schumann, Präsident der Reichsbahndirektion Cottbus, erinnerte daran, daß 1988 erst drei Prozent der Transportaufgaben im Rbd-Bereich durch Elektrotraktion besorgt wurden. 1989 steigt dieser Anteil auf mehr als ein Drittel. Neben der Übergabe des Abschnittes Lübbenau-Cottbus soll bis zum Dezember, und damit ein Jahr früher als im Plan vorgesehen, auch die Strecke Calau-Cottbus fertiggestellt werden.

Präsident des Anwaltsvereins der BRD:

DDR-Besuch in sehr guter Atmosphäre

Bonn (ADN). Als positiv wertete der Präsident des Deutschen Anwaltsvereins der BRD (DAV), Erhard Senninger, Verlauf und Ergebnis des ersten Besuchs einer DAV-Delegation in der DDR. Vor Journalisten erklärte er in Bonn, die Atmosphäre bei den Gesprächen Mitte Januar mit der Juristenvereinigung der DDR und Repräsentanten des Rates der Anwaltskollegien der DDR sei sehr gut gewesen, und man habe offen über alle Fragen diskutieren können. Es sei geplant, die Kontakte mit den DDR-Anwaltskollegien weiterzuführen und Schritt für Schritt auszubauen.

Vertiefung der Kooperation

(Fortsetzung von Seite 1) entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Bei der weiteren Stärkung der ökonomischen Leistungskraft im nächsten Fünfjahresplanzeitraum komme es darauf an, die Spezialisierung und Kooperation, insbesondere bei der breiten Anwendung und ökonomischen Nutzung der Schlüsseltechnologien, auszubauen und den gegenseitig vorteilhaften Warenaustausch stabil zu entwickeln.

Juri Masljukow bekräftigte den hohen Stellenwert der Zusammenarbeit der UdSSR mit der DDR bei der Entwicklung und Einführung modernster Technik und Technologien und unter Nutzung neuer Lösungen für die Intensivierung und Rationalisierung in den Volkswirtschaften beider Länder. Er sprach sich dafür aus,

die umfassende ökonomische Zusammenarbeit mit der DDR im kommenden Fünfjahresplanzeitraum zielstrebig weiterzuführen und zu vertiefen.

Am Donnerstag traf Gerhard Schürer mit Iwan Silajew, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender des sowjetischen Teils der Paritätischen Regierungskommission für ökonomische Zusammenarbeit DDR-UdSSR, zusammen. Es wurden Fragen der weiteren inhaltlichen Vorbereitung der 42. Tagung der Regierungskommission und der auf ihr zu treffenden Festlegungen erörtert.

An den Gesprächen nahm der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der UdSSR, Gerd König, teil.

Die Beratung über die Ausschöpfung von weiteren Reserven machte deutlich, daß die Kette „Rationalisierung der Hauptproduktion - Gewinnung von Arbeitskräften - Aufbau von Fertigungslinien für die Herstellung attraktiver Konsumgüter in hohen Stückzahlen“ der beste Weg zum Erfolg ist. Das dürfe aber nicht halbherzig geschehen und erfordere vor allem eine klare Position des Leiters, betonte Peter Chudzicki. So kann gewährleistet werden, daß die Aufnahme zusätzlicher Konsumgüterproduktion eine beträchtliche Erhöhung der industriellen Warenproduktion zur Folge hat.

In einem Brief an Erich Honecker bekräftigten die Teilnehmer der Rostocker Beratung, die Entwicklung der Konsumgüterproduktion auf der Grundlage langfristiger und komplexer Konzeption zu befördern. Dazu wollen sie die Verbindung von Wissenschaft und Produktion enger knüpfen und somit die Schlüsseltechnologien in bedeutend größerem Umfang nutzen.

VKSK schlägt erstmals für die Wahlen Kandidaten vor

Aus Kleingartenanlagen kommen 55 000 t Frühgemüse

Berlin (ND). Aus kleinen Gewächshäusern, Frühbeeten sowie aus dem Anbau unter Folie wollen die Mitglieder des VKSK in den ersten sechs Monaten des Jahres über den eigenen Bedarf hinaus etwa 55 000 Tonnen frisches Gemüse auf den Markt bringen. Das übertrifft das bislang beste Ergebnis aus dem Vorjahr um nahezu zehn Prozent, teilte am Donnerstag in Berlin auf der 4. Tagung des VKSK-Zentralvorstandes dessen Vorsitzender Dr. Horst Laschinski mit.

Der Verband hat sich im 40. Jahr der Gründung der DDR vorgenommen, einen wachsenden Beitrag zur Verwirklichung der Hauptaufgabe zu leisten. Die inzwischen mehr als 1,5 Millionen Mitglieder der größten Freizeitorganisation unserer Republik setzen sich zum Ziel, neben rund 400 000 Tonnen Obst und Gemüse unter anderem 1,5 Milliarden Eier, 35 000 Tonnen Kaninchenfleisch, 1,5 Millionen Schlachttiere und 6500 Tonnen Honig an den Han-

Zentralvorstandssitzung der DSF in Berlin

Berlin (ADN). Über die Verwirklichung der Beschlüsse des 13. DSF-Kongresses zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR beriet am Donnerstag in Berlin der Zentralvorstand der Organisation. Im Bericht orientierte Dr. Klaus Kurz, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Zentralvorstandes, auf die aktive Mitwirkung aller Mitglieder der Freundchaftsgesellschaft bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Der Präsident der Freundchaftsgesellschaft, Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, appellierte im Schlußwort an alle Mitglieder und Vorstände, engagiert für die Verwirklichung der auf Frieden und Entspannung gerichteten Politik der DDR zu wirken. Weiter erklärte er, die DSF-Mitglieder seien besorgt über den Einzug der Neonazis in das Abgeordnetenhaus von Berlin (West). Sie schlossen sich den Protesten gegen die Ausbreitung des Neonazismus in der BRD und in Berlin (West) an.

DBD-Mitglieder erörterten Aufgaben im Bildungswesen

Berlin (ADN). Die Mitverantwortung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands für die Bildung und klassenmäßige Erziehung der Jugend wurde am Donnerstag in Berlin auf einer Beratung des Sekretariats des Parteivorstandes mit Mitgliedern erörtert. Das Bekenntnis zu dem von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, im Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ bekräftigten Weg der von Kontinuität und Erneuerung geprägten gesellschaftlichen Entwicklung der DDR und zu ihrer Politik des Sozialismus und des Friedens schloße Kontingenz für die Einflussnahme auf die Jugend im Dorf ein, sagte der Parteivorsitzende, Dr.

Günther Maleuda. Jedes DBD-Mitglied müsse den Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule helfen, die politischen Tagesereignisse richtig einzuordnen und sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Günther Maleuda würdigte die Leistungen der in Bildung und Erziehung tätigen Parteimitglieder. Dazu zähle die Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses der DDR.

Der Direktor der „Karl Marx“-Oberschule Lütz, Günter Schlegel, und weitere Diskussions Teilnehmer berichteten, wie DBD-Mitglieder im Unterricht und in Arbeitsgemeinschaften dazu beitragen, bei Schülern die Verbundenheit mit ihrem Dorf zu vertiefen.

Pflege revolutionärer Traditionen

DFD-Gruppen tauschten in Salzwedel Erfahrungen aus

Magdeburg (ND-Korr.). 7425 DFD-Gruppen der DDR tragen Namen revolutionärer fortschrittlicher Frauen sowie von Antifaschistinnen, Aktivistinnen der ersten Stunde und Mitbegründerinnen der demokratischen Frauenorganisation unseres Landes. Weitere 1100 Gruppen haben sich im Wettbewerb des DFD zum 40. Jahrestag der DDR das Ziel gestellt, durch hohe Leistungen einen Ehrennamens zu erringen. Ergebnisse und künftige Aufgaben bei der Traditionspflege standen im Mittelpunkt eines Erfahrungsaustausches, zu dem das Sekretariat des DFD-Bundesvorstandes am Donnerstag nach Salzwedel eingeladen hatte. Im Ge-

burtshaus von Jenny von Westphalen, dem heutigen Museum über die Familie Marx, gedachten die Frauen des 175. Geburtstages der Lebens- und Kampfgeschichte des Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus.

Die revolutionären und fortschrittlichen Traditionen zu pflegen, sie im Sinne der sozialistischen und humanistischen Ideale weiterzuführen sei für die Frauenorganisation in ihrem Wettbewerb wichtiges Anliegen und Verpflichtung seit der Gründung des DFD, sagte Doris Pasloer, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes.

Treffen mit CGT-Delegation

(Fortsetzung von Seite 1) Unterstützung der Millionen Gewerkschafter der DDR findet. Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes hob die Bedeutung der Internationalen Konferenz über das Verbot der Chemiewaffen hervor, zu der Frankreichs Präsident François Mitterrand Anfang des Jahres nach Paris eingeladen hatte, und bezeichnete sie als einen weiteren Schritt nach vorn auf dem Weg zur Abrüstung.

Beide Seiten betonten, daß es verständig darauf ankomme, alle Kräfte der Vernunft und des guten Willens zusammenzuführen, um Entspannung, Frieden und Abrüstung überall in der Welt durchzusetzen und unumkehrbar zu machen. Das sei ganz im Sinne der Beschlüsse des XI. Weltgewerkschaftskongresses, denen sich beide Gewerkschaftsorganisationen verpflichtet fühlten.

Gerard Alezard gab einen Überblick über den Kampf der CGT zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen. Er berichtete über die Aktionen der CGT zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen seines Landes und über das Wirken seiner Organisation zur

Erstunterstützung des Kampfes für Frieden und Abrüstung. Hierbei verwies er auf die Bedeutung des bevorstehenden 43. Kongresses der CGT im Mai dieses Jahres.

Harry Tisch würdigte den Kampf der französischen Gewerkschaften für demokratische Rechte und Freiheiten, für die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Ausgehend von dem gemeinsamen Kampfabkommen FDGB-CGT, unterstützte der FDGB solidarisch die Positionen der CGT, durch entschiedenen Klassenkampf die Interessen der Werktätigen zu vertreten.

Während ihres Aufenthaltes in der DDR besuchten die Gäste Betriebe im Bezirk Potsdam und machten sich mit Aufgaben und Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen vertraut. Sie zeigten sich beeindruckt von den großen Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Mitspracherechts bei Rationalisierung und Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diese Probleme würden mit den Menschen und für den Menschen gemeistert, soziale Sicherheit sei dabei garantiert.

Räte legen Rechenschaft - fünf gute Jahre

Kürzlich berichtete Leipziger Oberbürgermeister Dr. Bernd Seidel in einem ND-Interview, wie sich in der zurückliegenden Wahlperiode die Messestadt entwickelte. Von gewachsenem Leistungsvermögen der Industrie war da die Rede, von besseren Wohnbedingungen und sozialen Fortschritten auf vielen anderen Gebieten. „Ja, wir können mit einem guten Gefühl vor unsere Wähler treten“, resümierte der OB. „Fortgeführt wurde, was den 40jährigen Weg unserer Republik insgesamt charakterisiert: eine Entwicklung im Interesse der Menschen.“

Das ist eine Feststellung, die so oder ähnlich in diesen Tagen überall getroffen wird, wo die örtlichen Volksvertretungen zusammenkommen. Vor ihnen legen die Räte der Gemeinden, der Stadtbezirke, der Städte und Kreise sowie die Ständigen Kommissionen Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit in den zurückliegenden fünf Jahren. So konnte beispielsweise im Industrieagrarbezirk Schönebeck mitgeteilt werden, daß sich die Wohnbedingungen seit 1984 für über 15 000 Bürger verbesserten - das ist etwa jeder sechste Einwohner. Auf dem Konto fleißiger Arbeit stehen ebenso 700 neu geschaffene Kindergarten- und -krippenplätze, vier Sport- und zwei Kaufhallen und eine neue Landbäckerei.

Was da landauf, landab an Leistungen und Ergebnissen ausgewiesen werden kann und das Leben der Menschen in Stadt und Land spürbar verbessert, fügt sich in der Tat zu einem eindrucksvollen Bild erfolgreicher Kommunalpolitik. Ob

kleine Gemeinde, Großstadt oder ganzer Kreis - überall wissen sich Abgeordnete und ihre Wähler aus eigener guter Kenntnis des Erreichten eins in der Auffassung: Wir leben in einem Staat, in dem es kontinuierlich vorangeht.

Die Rechenschaftslegungen der Räte sind ein Wesensmerkmal sozialistischer Demokratie, ein unverzichtbares Element umfassender, sorgfältiger Vorbereitung der Kommunalwahlen und der Volksausprüche über unsere weiteren Weg im Sinne des Wahlauftrags. Deshalb bleibt es nicht nur beim Bilanzieren des Erreichten. Man verständigt sich auch darüber, was aus welchem Grunde noch nicht geschafft wurde, was noch in Ordnung zu bringen ist. Vor allem aber: Die Rechenschaftslegungen sind das geeignete Forum, mit den Erfahrungen der zurückliegenden fünf Jahre die nächsten Aufgaben im Territorium festzulegen, den eigenen Beitrag zur Fortführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im 40. Jahr der DDR zu bestimmen. Denn klar ist: Die Städte und Gemeinden sollen weiter gut gedeihen, der Sozialismus in unserem Land noch attraktiver werden. Das alles aber kann nur das Ergebnis des eigenen Fleißes sein.

So sind die Rechenschaftslegungen, die übrigens auch von jedem einzelnen der 1984 gewählten 202 757 Abgeordneten vor ihren Wählern vorgenommen werden, Standortbestimmung und Geburtsstätte neuer Initiativen gleichermaßen. Bau

Gefährliches Jein aus Bonn

Diese offizielle Mitteilung des Bonner Regierungssprechers kann man auf der Zunge zergehen lassen: Der Kanzler habe mit dem zuständigen Minister entschieden, das Projekt der KOLAS-Raketen vorerst nicht weiter zu verfolgen, es aber erst dann endgültig aufzugeben, wenn es bei den Wiener Verhandlungen zu einem Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau gekommen ist. Die Frage, ob sich die BRD ein für konventionelle wie auch für nukleare Sprengköpfe verwendbares rund 500 Kilometer weit reichendes Erstschlagssystem zulegen will, wird also offiziell mit Jein beantwortet.

Die für Bonner Verhältnisse schnelle Reaktion zeigt zunächst einmal, daß man sich erotappt fühlt, wie auch die Kommentare nahezu der gesamten BRD-Pressen belegen. Daß man den Aufschrei wohl gehört haben muß, den diese Provokation gegen die Wiener Verhandlungen in der Bundesrepublik selbst, aber auch in anderen Ländern ausgelöst hat. Offenbar begreifen nun einige Leute in Bonn, daß das KOLAS-Projekt außer seiner militärischen Funktion auch geeignet ist, aus zwei Dritteln Raketengegnern, die es in der BRD heute schon gibt, drei Viertel oder gar neun Zehntel zu machen. Vielleicht entwickelt sich endlich auch ein Gespür dafür: Wer jetzt ein solches Projekt der Hochrüstung anschiebt, setzt sich für alle, die es ernst mit dem Frieden meinen, an die Spitze der Abrüstungsgegner. Auf jeden Fall hat sich KOLAS nicht gerade als Kohl-As erwiesen.

Das Bonner Jein hat aber noch einen anderen, sehr gefährlichen Aspekt: Das Projekt, für das immerhin schon 100 Millionen Mark verpulvert worden sind, wird nicht aufgegeben. Es wird in der amtlichen Erklärung vielmehr hervorgehoben, daß sich seine grundlegende technische Realisierbarkeit erwiesen habe und daß die Option darauf bis zu einer bestimmten Phase der Verhandlungen in Wien aufrechterhalten wird. Auf gut Deutsch: Die doppelt verwendbaren BRD-Raketen-sollen als erpresserisches Element in die Gespräche zwischen Warschauer Vertrag und NATO über die konventionellen Streitkräfte eingeführt werden. Während also wir mit einseitigen Abrüstungsschritten schon jetzt Vorleistungen für ergebnisreiche Gespräche in Wien erbringen, droht die BRD mit einem neuen Hochrüstungsschritt. Praktisch heißt das: Unfrieden schaffen mit mehr Waffen.

Auf einen weiteren Zusammenhang macht die „Frankfurter Allgemeine“ aufmerksam: Bei den KOLAS-Raketen handle es sich um das im Oktober 1987 in Bonn entschiedene Nachfolgesystem für die Pershing-1a. Im August 1987 aber hatte der Bundeskanzler, als Beitrag der BRD zum Zustandekommen des INF-Abkommens, bekanntgegeben, die Pershing-1a-Raketen würden nicht modernisiert, sondern abgebaut.

Was soll Europa, was soll die Welt eigentlich von den Worten und Taten der Regierung der stärksten Militärmacht in Westeuropa halten? W. M.

Bei uns keine Zwickmühle...

„Alle jungen Frauen wollen einen Beruf. Aber viel zu viele geben ihn der Kinder wegen auf. Fast alle jungen Frauen wollen Kinder. Aber viel zu viele verzichten dann darauf, um im Beruf zu bleiben. Alle jungen Paare stecken in der gleichen Zwickmühle, aber keiner kümmert sich darum.“ So beschrieb die Hamburger Wochenzeitschrift „Brigitte“ kürzlich die Situation junger Frauen in der BRD.

Auch in unserem Land wollen junge Frauen Beruf und Kinder, und für die meisten ist es selbstverständlich, daß sich dieser Wunsch erfüllt. Über 91 Prozent der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung sind in der DDR berufstätig, lernen oder studieren. Ebenfalls 91 Prozent aller Frauen der Republik bringen mindestens ein Kind zur Welt. Sicher sind damit auch bei uns manche Probleme verbunden. Aber: Mutter sein und einen Beruf ausüben ist hier keine Zwickmühle.

Seit Bestehen unseres Staates gilt den Müttern und Kindern, den jungen Familien besondere Aufmerksamkeit. In vierzig Jahren DDR sind - jeweils dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand entsprechend - immer bessere Bedingungen dafür geschaffen worden, daß sich Mutterschaft und Berufstätigkeit vereinbaren lassen. Kündigt sich Nachwuchs an, so wird keine werdende Mutter ins Arbeitsamt gestellt. Während des bezahlten Babyjahres -

seit 1986 auch schon fürs erste Kind gewährt - bleibt ihr ein Arbeitsplatz erhalten. Schwangerschafts- und Wochenurlaub erhöhen sich auf derzeit 26 Wochen. Immer mehr Kinder werden in Krippen betreut und erzogen. Alle Mädchen und Jungen im Vorschulalter, deren Eltern es wünschen, finden Aufnahme in Kindergärten. Ab Mai 1987 wurde das Kindergeld erheblich erhöht. Andere Maßnahmen wie zinslose Kredite erleichtern speziell jungen Eheleuten den Start in den neuen Lebensabschnitt. Junge Familien erhalten jede vierte der seit 1971 übergebenen Neubauwohnungen.

Alle diese günstigen Voraussetzungen verwirklichen sich natürlich nicht im Selbstlauf, verlangen auch das Engagement des Partners in der Familie, der Arbeitskollektive und der staatlichen Leiter. Die hohe Zahl der Frauen, die Mütter werden, beweist, daß die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft fest im Bewußtsein der Frauen wie auch der Männer verwurzelt ist.

So läßt sich für unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik im Gegensatz zur BRD sagen: Alle jungen Frauen können einen Beruf erlernen. Keine muß auf Kinder verzichten, um im Beruf zu bleiben. Die Gesellschaft kümmert sich darum, daß es den Familien gut geht. C. F.